

BEGRIFF DES RECHTSMITTELS IM UNGARISCHEN ZIVILVERFAHRENSRECHT*

Univ. Doz. Dr. JÁNOS NÉMETH

1. Übersicht der Begriffsdefinitionen

Mit den allgemeinen Fragen der Rechtsmittel** und in diesem Rahmen mit dem Begriff des Rechtsmittels befaßt sich die Wissenschaft des sozialistischen ungarischen Zivilverfahrensrechts nur andeutungsweise, hauptsächlich in zusammenfassenden Werken (Lehrbüchern, Kommentaren usw.).

Diese Tatsache ist — meiner Ansicht nach — auf verschiedene Ursachen zurückzuführen; so vor allem auf jenen objektiven Umstand, daß seit der Herausbildung des sozialistischen Zivilverfahrensrechts verhältnismäßig kurze Zeit verflossen ist, und innerhalb dieser kurzen Zeit die Betonung in erster Linie auf die theoretische Klärung jener praktischen Probleme zu legen war, die im Zusammenhang mit der Anwendung des Verfahrensrechtes aufgetaucht sind und eine dringende Lösung erfordert haben. Die verhältnismäßig kurze Zeit als Einflußfaktor, kommt um so mehr in Betracht, da in der Sowjetunion — wo als erstes das sozialistische Zivilverfahrensrecht herausgebildet wurde — „... die einzelnen Anfechtungsakte — die in der Terminologie anderer Systeme Rechtsmittel genannt werden, wie z. B. Berufung, Kassationsbeschwerde, Verwahrung usw. — keinen zusammenfassenden Sammelnamen haben“.¹ Zwar macht Nagy, L. diese Feststellung nur in Bezug auf das Strafverfahrensrecht, doch ist es unzweifelhaft, daß der Sammelbegriff „Rechtsmittel“ auch in der Terminologie des sowjetischen Zivilverfahrensrechtes unbekannt ist. Dessen Erklärung liegt darin, daß die Wissenschaft des sowjetischen Verfahrensrechtes „die Verfahrenshandlungen zur Anfechtung der Gerichtsbeschlüsse nicht vom Gesichtspunkt der Parteihandlung, sondern vom Gesichtspunkt der Überprüfungstätigkeit, einer *Gerichtstätigkeit*

* Die hier veröffentlichte Abhandlung ist ein umgearbeiteter Teil eines größeren Werkes des Verfassers unter dem Titel: „Außerordentliche Rechtsmittel im ungarischen Zivilverfahrensrecht“.

** Wie in der Literatur verstehe ich unter Rechtsbehelfen „alle vom Gesetz gebotenen Möglichkeiten, Verwaltungsakte und Entscheidungen der vollziehenden und der rechtsprechenden Gewalt“, während Rechtsmittel nur solche Rechtsbehelfe sind, die in einem anhängigen gerichtlichen Verfahren zu einer Entscheidung führen.

untersucht, die den Beschluß von neuem überprüft ...“.² So ist also einerseits verständlich, daß die sowjetische Straf- und Zivilverfahrensrechtswissenschaft nur die einzelnen Arten der Rechtsmittel analysiert,³ andererseits daß sich mit den allgemeinen Fragen der Rechtsmittel und mit der Definition des Rechtsmittels als Sammelbegriffes nur die vor etwa zwei Jahrzehnten her ausgebildete Verfahrensrechtswissenschaft der volksdemokratischen Staaten⁴ in einem den Umständen angepaßten Maße befaßt. Es folgt ebenfalls aus dem oben dargelegten Auffassungsunterschied, daß, während die Zivilprozeßordnungen der verschiedenen sowjetischen Republiken den Ausdruck des Rechtsmittels bzw. den dementsprechenden Sammelbegriff überhaupt nicht kennen, die Zivilprozeßordnungen der europäischen volksdemokratischen Länder ausnahmslos den Begriff kennen und verwenden.⁵

Neben dem obengenannten objektiven Umstand ist auch jene Ursache nicht zu vernachlässigen, daß im sozialistischen Gesellschaftssystem jene verschiedenen Anschauungen, die im bürgerlichen – und innerhalb dessen in erster Linie im ungarischen – Zivilprozeßrecht sozusagen die Diskussion im Zusammenhang mit dem Begriff des Rechtsmittels „provozierten“, den Boden verloren oder eine inhaltliche und evtl. zugleich eine formelle Änderung durchgemacht haben. Das bedeutet freilich nicht, daß sich in dieser Frage unter den ungarischen Zivilverfahrensrechtlern eine volle Einheit ausgebildet hätte⁶ und daß zumindest der Versuch der Klärung der wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit den allgemeinen Fragen der Rechtsmittel und damit in Verbindung mit dem Begriff des Rechtsmittels unnötig wäre. Meiner Ansicht nach ist das schon deshalb notwendig, weil „die richtige Stellungnahme ... nicht allein eine theoretische Aufgabe von wissenschaftlicher Bedeutung ist, sondern auch auf die Art und Weise der gesetzlichen Regelung einen bedeutenden Einfluß ausübt.“⁷

Dementsprechend untersuchen wir im weiteren zu welchen Ergebnissen im Zusammenhang mit dem gegebenen Fragenkomplex die sozialistische ungarische Zivilverfahrensrechtswissenschaft gelangt ist. Daß ich die Frage nur bezüglich *Ungarns* und nur des *Zivilverfahrensrechtes* untersuche, ist dadurch zu erklären, daß die konkrete Gesetzesregelung bis zu einem gewissen Grade einen bestimmenden Einfluß auf die Begriffsbestimmung des Rechtsmittels ausübt. Die Regelung des Zivilverfahrensrechtes der europäischen volksdemokratischen Länder sowie des Straf- und Zivilverfahrensrechtes innerhalb desselben Rechtssystems weicht dagegen – trotz der grundlegenden gemeinsamen Besonderheiten – in zahlreichen Teilfragen voneinander ab. Diese Abweichungen können bei den einzelnen Begriffsmerkmalen verschiedenartig erscheinen und sie tun es auch in der Mehrzahl der Fälle. Da ein mechanischer Vergleich, der die Unterschiede nicht entsprechend beachtet, schon in vorhinein zu einem verzerrten und unrichtigen Ergebnis führen würde, verfolge ich statt dessen die Methode, daß ich im Laufe der Darlegung der in der ungarischen Zivilverfahrensrechtswissenschaft zur Geltung kommenden Standpunkte jene speziellen Züge hervorhebe, die entweder im Zivilverfahrensrecht

anderer volksdemokratischer Staaten oder in der Strafverfahrensrechtswissenschaft im Zusammenhang mit dieser Frage aufzufinden sind.

Die sozialistische ungarische ZPO verwendet seit ihrer Schaffung die Benennung des Rechtsmittels als Sammelbegriffes, ohne es zu definieren. „Mit dieser Bezeichnung bzw. mit der ihr untergeordneten Gruppierung verpflichtet sich aber das Gesetzbuch überhaupt nicht zu irgendeiner theoretischen Auffassung. Im Gegenteil, es ist sogar festzustellen, daß der Titel des dritten Teils den Begriff allein aus praktischen Gründen verwendet. Unter dem Titel „Rechtsmittel“ regelt nämlich die ZPO drei Rechtsmittel: „... diese erschöpfen aber, dabei daß sie nicht zur selben Art der Rechtsmittel gehören, nicht einmal sämtliche Fälle der Rechtsmittel.“⁸

Es ist übrigens verständlich, daß das Gesetz auch in diesem Falle keine sog. legale Definition angibt, da sich ja auch die in Entwicklung begriffene Wissenschaft des sozialistischen ungarischen Zivilverfahrensrechtes erst nach der Annahme des Gesetzes mit der Begriffsbestimmung des Rechtsmittels befaßte.

In der Zeit seit der Annahme der ZPO entstanden aber in der sozialistischen ungarischen Zivilverfahrenswissenschaft verschiedene Arten der Begriffsbestimmung der Rechtsmittel.

So ist jene Methode bekannt, die das Rechtsmittel *indirekt*, als eine Art des Rechtsbehelfs bestimmt. Gemäß dem Standpunkt nach dieser Methode sind unter dem Begriff des Rechtsmittels „die Rechtsbehelfe im Gerichtsprozeß“⁹ zu verstehen. Der Rechtsbehelf ist aber laut dieser Auffassung nichts anderes als „... die Anfechtung eines behördlichen Beschlusses seitens der Partei oder einer durch das Gesetz dazu berechtigten anderen Person. Mit einem Rechtsbehelf verlangt der Berechtigte die Überprüfung des Beschlusses mit der Begründung, daß der Beschluß dem Gesetz widerspricht. Das Ziel dieses Gesuches ist, daß der als Ergebnis der Überprüfung zu fassende neue Beschluß die im angefochtenen Beschluß enthaltene Entscheidung ganz oder teilweise unmittelbar beiseite legt und die verursachte Rechtsverletzung auf diese Weise beseitigt“.¹⁰

Diese obige Art der Begriffsbestimmung des Rechtsmittels – auf dessen eingehendere Untersuchung ich später zurückkehren möchte – ist *als die meistverbreitete Lösung* in unserer verfahrensrechtlichen Literatur zu betrachten.¹¹

Eine weniger verbreitete, aber ebenfalls bekannte Methode der Begriffsbestimmung des Rechtsmittels ist jene, die das Rechtsmittel – unter Anerkennung dessen, daß es innerhalb der Rechtsbehelfe einen engeren Begriffskreis bedeutet – *unmittelbar* als Prozeßhandlung definiert. Nach dieser Auffassung ist „das Rechtsmittel die *Anfechtung eines Gerichtsbeschlusses* seitens der Partei, oder einer durch das Gesetz dazu berechtigten anderen Person mit der Begründung, daß derjenige, der vom Rechtsmittel Gebrauch macht, den Beschluß für gesetzwidrig bzw. für sich nachteilig hält, mit dem Ziel, daß das dazu berechnete Gericht den

angefochtenen Beschluß *überprüft* und die verursachte Rechtsverletzung wieder gut macht.¹²

Während die bisher erörterten Lösungen die Unterscheidung zwischen Rechtsbehelf und Rechtsmittel betonen, spricht die dritte Art der Begriffsbestimmung, unabhängig davon, ob das gegebene Rechtsmittel im Prozeß oder außerhalb des Prozesses in Anspruch genommen wird, nur von Rechtsmittel und demnach „bedeutet das Rechtsmittel die unmittelbare Anfechtung eines behördlichen Beschlusses, die auf die Beseitigung des im Beschluß erscheinenden Nachteils gerichtet ist.“¹³

Dem auf diese Weise definierten und eben zitierten Begriff ist hinsichtlich der Begriffsmerkmale auch jener Standpunkt ähnlich, der „als Rechtsmittel . . . jene zur Erreichung der objektiven Wahrheit führenden Arten der Anfechtung des Gerichtsbeschlusses“ betrachtet, „. . . die mit dem Zivilverfahren, mit dem Prozeß eng verbunden sind.“¹⁴ Dieser Standpunkt betrachtet aber — im Gegensatz zum System der ZPO und zu den bisher mittgeteilten in der Wissenschaft des sozialistischen ungarischen Zivilverfahrensrechts zur Geltung kommenden übrigen Anschauungen — als eine Forderung, daß „. . . im Interesse der Feststellung der objektiven Wahrheit die Überprüfung eines in einem Prozeß gefaßten Beschlusses stets von einem anderen Gerichtsorgan mit höherer Autorität durchgeführt werde.“ Auch gemäß dem Vertreter dieses Standpunktes, *István Bárdosi* würde das bedeuten, daß „. . . der Begriff des Rechtsmittels auf die Berufungsrechtsmittel beschränkt wäre. Würden wir diese Auffassung im sozialistischen Zivilverfahren zur Geltung bringen, so wäre die Verwendung des Wortes Rechtsmittel überflüssig, weil das sozialistische Zivilverfahrensgesetz die Zivilprozeßordnung, (im Gegensatz zu den bürgerlichen Zivilprozeßordnungen) nur ein einziges Rechtsmittel kennt — das ist bei uns die Berufung —, die dann einfach mit dem eigenen Namen genannt werden könnte.“¹⁵

Dieser Standpunkt, der die Beseitigung des Sammelbegriffes des Rechtsmittels nach sich zieht, ist meiner Ansicht nach bestreitbar und auch gewissermaßen unkonsequent.

Er ist einerseits deshalb bestreitbar, weil ein solcher Gesichtspunkt bei der Schaffung des Begriffes in Betracht gezogen wird, der bei der Klassifizierung der verschiedenen Rechtsmittel maßgebend sein kann (dieselbe Bestrebung konnte im bürgerlichen ungarischen Prozeßrecht bei der Begriffsbestimmung des Rechtsmittels von *Sándor Plósz* beobachtet werden¹⁶), andererseits hängt die Feststellung der objektiven Wahrheit — womit *István Bárdosi* seinen Standpunkt begründet — meiner Ansicht nach nicht davon ab, ob die Überprüfung eines gegebenen Gerichtsbeschlusses von einem in der Gerichtshierarchie auf höherer Ebene stehenden Gericht durchgeführt wird oder nicht.

Ich halte den erörterten Standpunkt insofern für unkonsequent, indem er beim Ausgangspunkt die geltenden Regeln der ZPO außer acht läßt — das an sich noch nicht unrichtig wäre —, später kehrt er aber wieder zur ZPO zurück, indem er das dadurch geregelte Rechtsmittel in Betracht zieht.

2. Bewertung der Begriffsbestimmungen

I. Die in der Wissenschaft des sozialistischen ungarischen Zivilverfahrensrechts bekannten und bisher erörterten Begriffe der prozessuellen Rechtsmittel enthalten – mit mehr oder weniger Abweichungen – folgende Begriffselemente:

a) *Subjekt* des Rechtsmittels. Darunter ist im allgemeinen jene Person zu verstehen, die vom Beschluß berührt ist. Der Beschluß berührt einerseits die Parteien im Sinne des Verfahrens, andererseits, jene Personen, auf die der Beschluß auswirkt, bzw. auf deren rechtliche Interessen der Beschluß eine Auswirkung hat. Das Gesetz kann aber neben den berührten Personen auch andere zum prozessuellen Rechtsmittel berechtigen, auf die der Beschluß überhaupt nicht auswirkt.

Aus den oben erörterten vier Begriffsbestimmungen ergibt sich aber, daß die Meinungen in der Frage abweichen, ob die Bezeichnung des Subjektes des Rechtsmittels ein notwendiges Element des Begriffs ist, oder aber genügend ist, es im Rahmen der allgemeinen Fragen außerhalb des Begriffes zu erwähnen.

b) Auch in bezug auf die *Grundlage* des Gebrauchs des Rechtsmittels (Grund, Voraussetzung) sind die Meinungen in der Hinsicht geteilt, ob es notwendig ist, es als Begriffselement, d. h. als Teil der Begriffsbestimmung zu betrachten. Unabhängig von der Bejahung oder Verneinung dieser Frage stimmen aber die Vertreter der verschiedenen Standpunkte ohne Ausnahme darin überein, daß die Grundlage, der Grund, die Voraussetzung des Gebrauchs des Rechtsmittels ist, daß „der Beschluß laut Standpunkt der Partei, die vom Rechtsmittel Gebrauch macht, dem Gesetz nicht entspricht und als solcher einen Rechtsnachteil für die vom Rechtsmittel Gebrauch machenden Person oder hinsichtlich jenes gemeinschaftlichen Interesses zur Folge hat, das die vom Rechtsmittel Gebrauch machende Person vertritt.“¹⁷

Die Tatsache, daß der Beschluß dem Gesetz nicht entspricht, kann einerseits bedeuten, daß der als Grundlage der Entscheidung dienende Sachverhalt der objektiven Wahrheit nicht entspricht (unabhängig davon, was dessen Grund ist), andererseits, daß entweder die materielle, oder die Verfahrensrechtsnorm nicht entsprechend angewendet wurde. Der Ausdruck, daß der Beschluß „dem Gesetz nicht entspricht“, bedeutet nicht, daß seitens des den Beschluß fassenden Gerichtes eine Rechtsverletzende Absicht bestanden hätte.

c) Das *Objekt* des Rechtsmittels ist gemäß der in der ungarischen Zivilverfahrensrechtswissenschaft allgemein zur Geltung kommenden Ansicht ein unentbehrliches Element des Begriffs des Rechtsmittels. Der Gegenstand des Rechtsmittels ist der *Gerichtsbeschluß* „in dem sich ein gewisser – vermuteter oder tatsächlicher – Nachteil verkörpert.“¹⁸ Hinsichtlich der Möglichkeit der Anfechtung durch ein Rechtsmittel ist es im allgemeinen gleichgültig, ob der Beschluß eine meritorische Entscheidung beinhaltet oder nicht.

d) Das Ziel des Rechtsmittels. Jede der erörterten Rechtsmittelbegriffe umfaßt die Bezeichnung des Zieles des Rechtsmittels, aber in gewissem Grade in einem abweichenden Sinn. Gemäß der Mehrheit der Meinungen ist das Ziel des Rechtsmittels die Wiedergutmachung der durch den Beschluß verursachten Rechtsverletzung, die Beseitigung des Rechtsnachteils.

Es ist aber auch eine Meinung bekannt, die als Ziel des Rechtsmittels das Erreichen der objektiven Wahrheit betrachtet. Diese Auffassung, welche die Frage des *Was* und *Wie* bzw. die darauf gegebene Antwort vertauscht, beruht darauf, daß nur die im Prozeß eingenommene *allgemeine* Rolle des Rechtsmittels in Betracht gezogen wird, die konkrete aber nicht. Als Ergebnis dieser einseitigen, einen Faktor übertrieben hervorhebenden Anschauungsweise gelangt man dann zu einem — meiner Ansicht nach unrichtigen und unannehmbaren — Ergebnis, daß „das Rechtsmittel nicht im Dienst der Parteien, anderer Personen, auch nicht im Dienst des Staatsanwaltes, sondern in dem des Erreichens des Prozeßzieles, der objektiven Wahrheit, sowie der Sicherung der sozialistischen Gesetzlichkeit steht.“¹⁹ Diese kategorische Formulierung von *István Bárdosi* wird zwar durch jene anschließende Erklärung gemildert, wonach „wenn der Begriff des Rechtsmittels von einer anderen Seite untersucht wird, nicht daran zu zweifeln ist, daß ebenso wie das Ziel des Prozesses, auch das Rechtsmittel mit den subjektiven Rechten der Parteien in Zusammenhang steht. Die Tatsache, daß die Möglichkeit der Überprüfung und einer der Wahrheit entsprechenden Korrektur eines im Zivilprozeß gefaßten fehlerhaften bzw. irrümlichen oder von den Parteien und von den durch den Beschluß berührten anderen Personen zumindest als solchen betrachteten Gerichtsbeschlusses besteht, ist ein Begriffselement des Rechtsmittels.“²⁰ Allerdings widerspiegelt sich das Ergebnis dieser richtigen Erörterungen leider nicht in dem von ihm gegebenen Rechtsmittelbegriff.

e) Die *Art und Weise* der Wiedergutmachung. Die Standpunkte sind vollkommen identisch in der Frage, daß das Rechtsmittel in jedem Fall *unmittelbar* gegen den als nicht entsprechend betrachteten Beschluß gerichtet sein muß, die Absicht der vom Rechtsmittel Gebrauch machenden Person die unmittelbare Beseitigung des im Beschluß erscheinenden Nachteils bezwecken muß. Dementsprechend muß auch die Wiedergutmachung durch Beseitigung des nachteiligen Beschlusses, oder des nachteiligen Teiles des Beschlusses bzw. durch Nachholung der Mängel des Beschlusses erfolgen.

Aus dieser Definition der Art und Weise der Wiedergutmachung — als eines Begriffskriteriums des Rechtsmittels — folgt aber, daß gewisse mit einem Rechtsmittel verwandte Züge aufweisende Klagen nicht als Rechtsmittel zu betrachten sind. So ist z. B. kein Rechtsmittel eine Schadenersatzklage gegen einen Richter, der einen irrümlichen, unrichtigen Beschluß gefaßt hat, weil diese Klage, wenn auch dadurch die Wiedergutmachung des verursachten Nachteils materiellrechtlich erzielt wird, den Beschluß selbst, woraus der Nachteil entstanden ist, nicht

berührt und die Wiedergutmachung nicht als Teil des als Grundlage des irrümlichen oder fehlerhaften Beschlusses dienenden Verfahrens erscheint. Ebenso ist kein Rechtsmittel die Klage wegen Einstellung der Vollstreckung bzw. aufgrund der ZPO. § 230, aus dem Grund, weil diese Klagen infolge einer Änderung nach der Beendigung des Grundverfahrens auf die Aufhebung gewisser Rechtsfolgen des Beschlusses, *ohne unmittelbare Verbindung* mit dem Grundverfahren, gerichtet sind.

f) Die *Form* des Rechtsmittels. Die verschiedenen Definitionen bezüglich des Begriffs des Rechtsmittels nehmen aber einen Standpunkt in der Frage ein, daß das Rechtsmittel die Anfechtung (die Anfechtungsweise) des Beschlusses bedeutet und diese Anfechtung ein Begriffselement des Rechtsmittels ist. Dagegen weichen die Meinungen in der Hinsicht voneinander ab, ob die Erscheinungsform der Anfechtung des Beschlusses — der entschiedenen Absicht, die auf die Beseitigung der Rechtsverletzung gerichtet ist —, d. h. die Verfahrenshandlung der vom Rechtsmittel Gebrauch machenden Person, die im allgemeinen ein *Antrag* ist, unter die Begriffselemente des Rechtsmittels aufzunehmen ist, oder nur außerhalb der Begriffsbestimmung darauf hinzuweisen ist.

g) Das *Ergebnis* des Rechtsmittels. Das Ergebnis eines gegen einen nachteiligen oder als nachteilig empfundenen Gerichtsbeschuß eingereichten Rechtsmittels ist ein *neuer Gerichtsbeschuß*, den das über das Rechtsmittel entscheidende Gericht fällt, welches das ursprünglich verfahrenende oder auch ein anderes Gericht sein kann.

Falls das Gericht, das über das Rechtsmittel entscheidet, feststellt, daß der angefochtene Beschuß richtig ist, dem Gesetz entspricht, so bestätigt es mit einem neuen Beschuß den mit einem Rechtsmittel angefochtenen Beschuß, ohne es zu berühren bzw. weist das Rechtsmittel zurück. Im entgegengesetzten Fall, wenn also der angefochtene Beschuß rechtsverletzend ist, dem Gesetz nicht entspricht, so wird im neuen Beschuß des über das Rechtsmittel entscheidenden Gerichtes neben der Feststellung der verursachten Rechtsverletzung dieselbe auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise wiedergutmacht. Dieser dem Rechtsmittelantrag stattgebende, wiedergutmachende neue Gerichtsbeschuß sollte dem Wesen nach Rechtsmittel genannt werden, aber der geschichtlich entstandene allgemeine und auch in den Rechtsnormen angenommene Wortgebrauch übertrug diese Benennung auf den einen überprüfenden Beschuß in die Wege leitenden Antrag.

Ob übrigens das Ergebnis des Rechtsmittels zu den Begriffselementen des Rechtsmittels zu rechnen ist oder nicht, ist auch noch keine einheitlich entschiedene Frage in der ungarischen Zivilverfahrensrechtswissenschaft. Ein bedeutender Teil der Meinungen nimmt in dieser Beziehung einen verneinenden Standpunkt ein, es gibt aber solche Definitionen des Rechtsmittels, wo auch dieses Begriffselement aufzufinden ist.²¹

Neben den oben erwähnten und erörterten Begriffselementen können wir in der Literatur des ungarischen Zivilverfahrensrechtes keinen anderen Kriterien bezüglich des Begriffs des Rechtsmittels begegnen, dagegen ist in unserer strafverfahrensrechtlichen Literatur ein solcher Stand-

punkt bekannt, der auch den *Adressaten* des Rechtsmittels als hierhergehörend betrachtet, und dieser ist „im allgemeinen die übergeordnete oder Aufsichtsbehörde (zweite Instanz) der beschließenden Behörde.“²²

II. Bezüglich der *Beurteilung der rechtlichen Natur der Rechtsmittel* sagt unsere zivilverfahrensrechtliche Literatur wenig aus. Die Ausgangsthese besteht im allgemeinen darin, daß „das Erfordernis der sozialistischen Gesetzlichkeit nicht nur den einzelnen Staatsbürgern gegenüber die Forderung des Einhaltens der Rechtsnormen bzw. der auf Rechtsnormen beruhenden behördlichen Beschlüsse enthält, sondern auch gegenüber den die Rechtsnorm schaffenden Faktoren und den die Rechtsnormen anwendenden Organen als grundlegenden Befehl festlegt, daß jene innerhalb der Rahmen der Verfassung und der verfassungsmäßigen Regeln verfahren und in ihrem Verfahren die Durchsetzung dieser Regeln sichern. Es ist sogar eben diese Beziehung der sozialistischen Gesetzlichkeit, die das Wesen des Begriffes am charakteristischsten hervorhebt, sodaß die Forderung der sozialistischen Gesetzlichkeit im allgemeinen in einem engeren Sinn genommen eben auf die Gesetzlichkeit des Verfahrens der Behörden bezogen wird, und eben aus diesem Gesichtspunkt pflegt man zu untersuchen, ob die Garantien der Geltung der sozialistischen Gesetzlichkeit vorhanden sind, und wenn ja, worin sie bestehen.“²³

Aufgrund dieser These bildeten sich folgende zwei Auffassungen aus, davon abhängig, ob die verschiedenen Standpunkte nur das *allgemeine* oder aber das *allgemeine und das konkrete* Ziel des Rechtsmittels in Betracht ziehen:

a) Das Rechtsmittel ist eine der *Garantien* der Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit²⁴ sowie der Verwirklichung der objektiven Gerechtigkeit.²⁵

b) Das Rechtsmittel ist hinsichtlich der Gerichtsbeschlüsse die grundlegende *Garantie* der Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit und zugleich eines der wichtigsten Mittel „um das zu erreichen, daß die infolge der dem Gesetz nicht entsprechenden ... Beschlüsse entstandene Rechtsverletzungen – die Rechtsnachteile – entsprechend wiedergutmacht werden können.“²⁶

Diese letztere *richtige Auffassung*, die sowohl das allgemeine, wie auch das konkrete Ziel in Betracht zieht, hält auch bei der Beurteilung der rechtlichen Natur des Rechtsmittels die Tatsache vor Augen, daß „im sozialistischen Rechtssystem, wo kein unlösbarer Gegensatz zwischen dem gesellschaftlichen und individuellen Interesse besteht, bzw. die beiden Interessen im allgemeinen in Einklang sind, eine Verletzung des Individuums zugleich auch die Verletzung des Rechtssystems bedeutet.“²⁷

Es ist aber auch eine solche, von den bisher erörterten Auffassungen abweichende Meinung bekannt, die bei der Beurteilung der rechtlichen Natur des Rechtsmittels nur das *konkrete* Ziel des Rechtsmittels in Betracht zieht und so das Rechtsmittel als eine Garantie der Beseitigung, der Verhütung der in den Gerichtsbeschlüssen erscheinenden „Irrtümer

und dadurch verursachten Nachteile“ auffaßt.²⁸ Diesem ist jener, in unserer strafverfahrensrechtlichen Literatur auftretende Standpunkt ähnlich, der das Rechtsmittel „als ein für die am Verfahren teilnehmenden Subjekte (Privatpersonen und Parteien) gesichertes rechtliches Mittel“ betrachtet, wodurch ein Antrag gestellt werden kann, um „die in den behördlichen Beschlüssen (oder Maßnahmen) vorkommenden Tatsachen- oder Rechtsirrtümer wiedergutzumachen“.²⁹

Im Zusammenhang mit der rechtlichen Natur des Rechtsmittels taucht auch jene Frage auf, ob das Rechtsmittel bzw. seine Inanspruchnahme seitens der durch den Gerichtsbeschluß verletzten Person ein *subjektives Recht* oder nur eine gesetzlich gesicherte *Möglichkeit* ist. Ausgesprochen befaßt sich mit dieser Frage die ungarische Zivilverfahrensrechtswissenschaft nirgends, wir finden nur einige Sätze und auch diese nur selten, die darauf hinweisen, daß es ein *subjektives Recht* ist,³⁰ und dementsprechend das Rechtsmittel „das Gericht verpflichtet ... sich mit der Rechtsverletzung zu befassen“.³¹

III. Aufgrund des Gesagten kann meiner Meinung nach festgestellt werden, daß sich weder hinsichtlich des Begriffes, noch hinsichtlich der rechtlichen Natur des Rechtsmittels in der ungarischen sozialistischen zivilverfahrensrechtlichen Literatur ein einheitlicher Standpunkt herausgebildet hat. Deshalb halte ich es für notwendig auch meinerseits zu versuchen, eine Begriffsbestimmung zu geben und in Zusammenhang damit einige Fragen eingehender zu behandeln.

Was die *Methode der Begriffsbestimmung* des Rechtsmittels betrifft, ist meine Ansicht, daß neben der Betonung des Ungterschiedes zwischen dem Rechtsbehelf und dem Rechtsmittel zweckmäßiger ist, das Rechtsmittel *unmittelbar* als eine Prozeßhandlung zu definieren. Meiner Ansicht nach ist nämlich die indirekte Methode der Definition des Rechtsmittelbegriffes — jene nämlich, die das Rechtsmittel als eine Art des Rechtsbehelfes definiert — notwendigerweise mit gewissen Schwierigkeiten und Nachteilen verbunden. In erster Linie damit, daß beim Rechtsbehelf ein weiterer Kreis der Rechtsinstitute in Betracht zu ziehen ist, da ein Rechtsbehelf sowohl gegen einen Verwaltungs- wie auch Gerichtsbeschluß stattfinden kann, wobei der Beschluß des Zivilgerichts und auch des Strafgerichts zu verstehen ist, unabhängig davon ob der Beschluß im Prozeß oder außerhalb des Prozesses gefaßt wurde. Dagegen ist es vollkommen klar, daß wenn mit einem gegebenen Begriff ein weiterer Kreis der verschiedenen Erscheinungen umgrenzt werden soll, bedeutend weniger gemeinsame Kennzeichen zu finden sind, als in dem Fall, wenn ich nur einen engeren Kreis der Erscheinungen zu umschreiben beabsichtige. Diese Schwierigkeit versuchten jene Auffassungen, die das Rechtsmittel indirekt bestimmt haben, auf die Weise zu vermeiden, daß sie *unter Beachtung der Begriffselemente des Rechtsmittels den Begriff des Rechtsbehelfs umschrieben haben*. Dessen Ergebnis war aber, daß der von ihnen gegebene Begriff des Rechtsbehelfs — den ich oben zitiert habe — bedeutend von jenem, weniger Kriterien enthaltenden Begriff des Rechtsbehelfs abweicht, dem wir in der Literatur des Verwaltungsverfahrens und des

Strafverfahrens begegnen,³² und so bezieht sich dieser Begriff nur auf einen engeren Kreis der Rechtsinstitute.

Die Bestimmung des Begriffs des Rechtsmittels auf indirekte Weise verursacht Schwierigkeiten auch in der Hinsicht, daß die Verwirklichung der Umschreibung nur mit weniger gemeinsamen Kriterien möglich ist — da es sich um einen weiteren Kreis der Rechtsinstitute handelt —, und daher die Genauigkeit der Definition abnimmt, zumindest was die Grenzlinien der Definition betrifft. Die genaue Festsetzung dieser Grenzlinien ist keit eines gegebenen Rechtsinstitutes zu den Rechtsmitteln abhängt, aber deshalb besonders wichtig, weil in vielen Fällen davon die Zugehörigkeit eines gegebenen Rechtsinstitutes zu den Rechtsmitteln abhängt. Es ist z. B. kein Zufall, daß aufgrund der Begriffsbestimmung des Rechtsmittels das Institut der Rechtfertigung von manchen Auffassungen als Rechtsbehelf betrachtet wird, von anderen aber nicht.

Unter Beachtung aller dieser Überlegungen verstehe ich im Zivilverfahren unter dem Begriff des *Rechtsmittels jenen an das Gericht gerichteten Antrag, der gegen einen im Laufe des Zivilprozesses gefaßten bzw. damit gleichwertigen, dem Gesetz nicht entsprechenden, oder als solchen betrachteten Gerichtsbeschluß gerichtet ist, mit dem Ziel, daß die verursachte Rechtsverletzung durch einen neuen Gerichtsbeschluß, unmittelbar auf den angefochtenen Beschluß rückwirkend beseitigt wird.*

Als Ergebnis des Vergleichs zwischen der in obiger Begriffsbestimmung und den in der sozialistischen ungarischen zivilverfahrensrechtlichen Literatur gegebenen und oben erörterten Begriffselementen sind gewisse Abweichungen zu beobachten, sowohl in negativer wie auch in positiver Richtung. Solche Abweichungen sind:

a) Meiner Ansicht nach gehört die Bezeichnung des *Subjektes des Rechtsmittels* nicht zu dem Begriff des Rechtsmittels, folglich enthält die von mir gegebene Begriffsbestimmung kein solches Begriffselement. Als Begründung weise ich darauf hin, daß dies eine von der konkreten gesetzlichen Regelung abhängige und bei den einzelnen Rechtsmittelarten auf verschiedene Weise regelbare Frage ist, die am besten auf die Weise auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen ist, wenn wir von einem *Berechtigten* reden. Freilich kann ein solcher Fall vorkommen, wenn der Antrag gegen einen Gerichtsbeschluß von einer Person eingereicht wird, die das Gesetz bei der gegebenen Rechtsmittelart unter den Personen, die zur Inanspruchnahme eines Rechtsmittels berechtigt sind, nicht nennt. In einem solchen Falle — unabhängig davon, wie der von einem Nichtberechtigten eingereichte Antrag erledigt wird und welches Ergebnis er erzielt — weiß ich nicht, mit welcher anderen Benennung er begrifflich bezeichnet werden könnte, als ein *Rechtsmittel* von einem Nichtberechtigten eingereicht. Außerdem ist es nicht ausgeschlossen, daß in gewissen Fällen so ein von einem Nichtberechtigten eingereichtes Rechtsmittel zu einem Ergebnis führt, es ist nämlich eine solche Entscheidung bekannt, wonach „das Urteil des Gerichtes erster Instanz zwar von einer im Prozeß nicht interessierten Person mit einer Berufung angefochten

wurde, infolge der Wahrnehmung der Verletzung der Verfahrensregel aber das gesetzwidrige Urteil des Gerichtes erster Instanz nicht aufrechtzuerhalten ist. Deshalb ist es begründet, das Urteil des Gerichtes erster Instanz außer Kraft zu setzen.⁴³³

b) Ich halte für die *Grundlage* der Einlegung eines Rechtsmittels, als Begriffselement — wie es aus der Begriffsbestimmung ersichtlich ist — den dem Gesetz nichtentsprechenden Charakter des Beschlusses, oder die diesbezügliche Meinung darüber. Ich möchte betonen, daß ich unter der dem Gesetz *nichtentsprechenden Art des Beschlusses* dasselbe verstehe, das ich oben als den standpunkt der sozialistischen ungarischen zivilverfahrenstrechtlichen Literatur erörtert habe.

Bei der Bestimmung der Grundlage des Rechtsmittels muß meiner Ansicht nach *nicht hervorgehoben* werden, daß der Beschluß eine Rechtsverletzung verursacht, da der Beschluß immer jemandem oder irgendeinem Gemeinschaftsinteresse eine Rechtsverletzung verursacht, wenn er dem Gesetz nicht entspricht. Es ist eine andere Frage, daß bei gewissen Rechtsmittelarten der Gesetzgeber im Zusammenhang mit der konkreten Gesetzbestimmung unter anderem auch beurteilt, ob der infolge eines dem Gesetz nicht entsprechenden Beschlusses entstandene objektive Rechtsnachteil so bedeutend ist, daß er unbedingt wiedergutzumachen ist, und dementsprechend die Inanspruchnahme des Rechtsmittels ermöglicht oder ausschließt.

Aus der Begriffsbestimmung des Rechtsmittels scheint es offensichtlich zu sein, daß die Rechtsverletzung eine Folge des dem Gesetz nicht entsprechenden Gerichtsbeschlusses sein muß, denn jede Verletzung, die außerhalb des Gerichtsbeschlusses entsteht, kann nicht als eine Rechtsverletzung betrachtet werden, weshalb ein Rechtsmittel in Anspruch genommen werden kann.

Daß ich den dem Gesetz nichtentsprechenden den Charakter des Gerichtsbeschlusses nicht nur in objektivem, sondern auch in *subjektivem* Sinne als Grundlage des Rechtsmittels nenne, hängt damit zusammen, daß auch das unbegründete Rechtsmittel als Rechtsmittel zu betrachten ist, denn sonst müßte das infolge des Rechtsmittels verfahrenende Gericht in dem Falle, wenn es den durch Rechtsmittel angefochtenen Beschluß wegen Unbegründetheit des Rechtsmittels bestätigt, feststellen, daß kein Rechtsmittel vorhanden war.

Es folgt aber meinem in Zusammenhang mit dem Subjekt des Rechtsmittels erörterten Standpunkt sinngemäß, daß es nicht notwendig ist, daß der gesetzwidrige oder als gesetzwidrig betrachtete Beschluß einer vom Rechtsmittel Gebrauch machenden Person, oder einem von dieser Person vertretenen Organ bzw. einem Gemeinschaftsinteresse einen tatsächlichen oder gemeinten Rechtsnachteil verursacht. Im entgegengesetzten Fall könnte nämlich z. B. jener Antrag des Intervenienten, den er gegen einen gegen die von ihm unterstützten Partei gefaßten — das Rechtsinteresse des Intervenienten nicht berührenden — seiner Ansicht nach gesetzwidrigen und deshalb der Partei einen Rechtsnachteil verur-

sachenden Gerichtsbeschluß einreicht, abweichend vom Willen des Gesetzgebers nicht als Rechtsmittel bezeichnet werden.

c) Ich halte für das Objekt des Rechtsmittels jenen Gerichtsbeschluß, der im Zivilprozeßverfahren gefaßt wurde, oder *infolge einer gesetzlichen Bestimmung als solcher zu betrachten ist*, abweichend von jenen Meinungen, die *nur über Gerichtsbeschlüsse* sprechen. Es ist zwar wahr, daß ein Teil dieser Meinungen richtigerweise als Begriffselement des Rechtsbehelfs über behördliche Beschlüsse (in diesen Kreis natürlich auch die Gerichtsbeschlüsse inbegriffen) spricht, ein anderer Teil aber den Gerichtsbeschluß als Begriffselement des *Rechtsmittels* erwähnt.³⁴

Das ist aber meiner Ansicht nach unrichtig, weil ein Gerichtsbeschluß im Prozeßverfahren und im außerstreitigen Verfahren ebenso gefaßt werden kann, wobei die unmittelbare Anfechtung eines im außerstreitigen Verfahren erbrachten Gerichtsbeschlusses mit bestimmten Ziel im allgemeinen zwar ein Rechtsbehelf, aber kein Rechtsmittel ist.³⁵ Diese Anfechtung kann nur ausnahmsweise als Rechtsmittel qualifiziert werden, wenn nämlich das Gesetz bei dem gegebenen – in einem außerstreitigen Verfahren erbrachten – Beschluß ausgesprochen vorschreibt, daß der Beschluß hinsichtlich seiner Geltung und seiner Anfechtbarkeit so zu betrachten ist, als ob er im Prozeßverfahren erbracht worden wäre. Eine solche Bestimmung ist z. B. bezüglich des Vergleichs als Ergebnis eines *Vergleichsversuchs* in ZPO § 127 Abs. (2) bzw. § 148 Abs. (3), bezüglich des rechtskräftigen Zahlungsbefehls in ZPO § 321 Abs. (1) enthalten.

Diese ungenaue Bestimmung des Objektes des Rechtsmittels verursacht jene Unsicherheit, die im Zusammenhang mit der Qualifizierung gewisser Rechtsinstitute zu beobachten ist. Jene Standpunkte nämlich, die als Objekt des prozessuellen Rechtsmittels den Gerichtsbeschluß betrachten, sehen im Widerspruch gegen den *nicht rechtskräftigen* Zahlungsbefehl, als Gerichtsbeschluß „... einen Rechtsbehelf, bzw. Rechtsmittel ...“³⁶. Dagegen ist meiner Ansicht nach der Widerspruch – als ein gegen einen im außerstreitigen Verfahren erbrachten Gerichtsbeschluß in Anspruch zu nehmendes Rechtsinstitut, – bei dem die Rechtsfolge nur darin besteht, daß ein Prozeß zustande kommt – *nur als Rechtsbehelf* zu qualifizieren, mit Hinsicht darauf, daß das Gesetz beim *nicht rechtskräftigen* Zahlungsbefehl keine solche Bestimmung enthält, daß derselbe so zu betrachten wäre wie ein im Laufe des Prozeßverfahrens erbrachter Beschluß. (Dagegen ist es selbstverständlich, daß der *Widerspruch* gegen den in ZPO § 136/A Abs. (1) bezeichneten *Gerichtsbefehl* ein *Rechtsmittel* ist.).

Bei der Bestimmung des Objektes des Rechtsmittels als Begriffselementes, habe ich absichtlich die Einschaltung eines eine Beschränkung bildenden Kriteriums unterlassen, wonach der Antrag gegen jene im Prozeßverfahren erbrachten Gerichtsbeschlüsse gerichtet sein muß, gegen die *das Gesetz positiv* die Inanspruchnahme des Rechtsmittels sichert. Es kann nämlich vorkommen, daß jemand gegen einen Beschluß einen Antrag einreicht, bei dem es der Gesetzgeber – aus verschiedenen praktischen und theoretischen Überlegungen – nicht zuläßt. In einem solchen Fall

kann dieser Antrag trotz des gesetzlichen Verbotes begrifflich nicht anderswie bezeichnet werden als Rechtsmittel, mit der Ergänzung, daß es ein gesetzlich verbotenes (ausgeschlossenes) Rechtsmittel ist. Das hat aber nur hinsichtlich des Ergebnisses und der Erledigung des Rechtsmittels eine Bedeutung, hinsichtlich des Begriffs hat es aber keine.

d) Bei der Bestimmung des *Zieles* des Rechtsmittels bin ich vom Ziele des Zivilprozesses ausgegangen.

ZPO § 1 definiert „...das Ziel des Gesetzes entsprechend dem § 41 der Verfassung und mit Hinsicht der Natur des Zivilprozesses...“³⁷ folgenderweise: „Das Ziel dieses Gesetzes ist, daß es im Gerichtsverfahren die Entscheidung der im Zusammenhang mit den Personen- und Vermögensrechten der Staatsbürger, ferner mit den Vermögensrechten des Staates und der juristischen Personen aufgetauchten Rechtsstreite aufgrund der Gerechtigkeit sichere.“ Diese Verfügung bestimmt aber das Ziel einerseits des *Gesetzes*, andererseits dessen in *jedem* Prozeß zur Geltung kommende Ziel und kann nur als Folgerungsbasis für das Ziel der *einzelnen Prozesse* dienen. Die *abzuleitende* Folgerung ist aber meiner Ansicht nach die, daß das *Ziel des Prozesses* die Durchsetzung eines bestehenden subjektiven Rechtes im Laufe der Entscheidung des gegebenen Rechtsstreites ist, d. h. der Schutz eines einer Person zukommenden subjektiven Rechtes durch das Gericht.³⁸ Die Durchsetzung des subjektiven Rechtes, die Sicherung des Rechtsschutzes durch das Gericht muß aber der sozialistischen Gesetzlichkeit und der Forderung der objektiven Wahrheit entsprechend erfolgen.³⁹

Falls das Verfahren aufgrund einer objektiven oder auch subjektiven Beurteilung sein Ziel, das im Gerichtsbeschluß realisiert wird, nicht erreicht, können innerhalb des durch das Gesetz bestimmten Rahmens solche Mittel in Anspruch genommen werden, die das Erreichen des Zieles ermöglichen. Diese Mittel sind die Rechtsmittel, ideren Ziel durch Beseitigung der Rechtsverletzung, des Rechtsnachteils die Sicherung des Rechtsschutzes ist,⁴⁰ auf die Weise, daß es in Einklang mit dem Ziel des Prozesses den Erfordernissen der sozialistischen Gesetzlichkeit und der objektiven Gerechtigkeit entspreche.

e) Bezüglich der Art der *Wiedergutmachung* ist meine Ansicht dieselbe, wie der Standpunkt der sozialistischen ungarischen zivilverfahrensrechtlichen Literatur, den ich oben erörtert habe. Eine Abweichung erscheint nur darin, daß ich aufgrund dieses Begriffskriteriums einzelne Rechtsinstitute für solche halte, die außerhalb der Rechtsmittel stehen, während die zitierten Ansichten sie zu den Rechtsmitteln rechnen.

f) Aus der von mir gegebenen Begriffsbestimmung des Rechtsmittels ist ersichtlich, daß ich die Erscheinungsform der Anfechtung des Gerichtsbeschlusses, mit anderen Worten die *Form* des Rechtsmittels zu den Begriffselementen des Rechtsmittels zähle. Die Form des Rechtsmittels ist vom Gesichtspunkt der Personen, die davon Gebrauch machen, im allgemeinen ein *Ansuchen* bzw. im Falle der Inanspruchnahme des Staatsanwalts ein *Antrag*. Der Annahme der Rechtsmittelform als Begriffskennzeichen folgt einerseits, daß die Klagen unter anderen schon

deshalb nicht zu den Rechtsmitteln zurechnen sind, andererseits, daß wenn die Wiedergutmachung einer Rechtsverletzung, eines Rechtsnachteils, verursacht durch einen im Laufe des Prozeßverfahrens erbrachten Gerichtsbeschluß, nicht auf Antrag der Partei oder des Staatsanwaltes, sondern von amtswegen erfolgt, von keinem Rechtsmittel gesprochen werden kann.

g) Auch bezüglich des neueren Gerichtsbeschlusses, als Ergebnisses des Rechtsmittels ist meine Ansicht, daß es als ein Begriffselement des Rechtsmittels zu betrachten ist. Zur Frage des Ergebnisses des Rechtsmittels möchte ich über den Standpunkt hinaus, der sich in der sozialistischen ungarischen zivilrechtlichen Literatur herausgebildet hatte, nur soviel hinzufügen, daß ein mit einem Rechtsmittel angefochtener Beschluß auch dann bestätigt werden kann, wenn der Beschluß nicht entsprechend dem Gesetz entstanden ist, aber der Beschluß selbst dem Gesetz entspricht. Wenn z. B. die Berufung einlegende Partei im Laufe des Verfahrens erster Instanz infolge der *unbegründeten Außerachtlassung* der ihrerseits angegebenen Beweise einen Nachteil erfahren hat, das Gericht zweiter Instanz aber das Beweisverfahren durchgeführt hat und dessen Ergebnis die meritorische Richtigkeit des Beschlusses nicht beeinflusste, so ist offensichtlich, daß der neue Beschluß den ersten bestätigen wird.

h) Auch der *Adressat* des Rechtsmittels gehört zu den Begriffselementen. Hinsichtlich des Inhalts des Antrags wird jenes Gericht Adressat genannt, das laut Vorschrift des Gesetzes berechtigt ist, bezüglich des Antrags einen stattgebenden oder zurückweisenden Beschluß zu fassen. Aufgrund dieses Begriffskriteriums ist es möglich, das Rechtsmittel und einen anderen die Rechtswidrigkeit eines Gerichtsbeschlusses behauptenden, aber *nicht beim Gericht*, sondern bei einem anderen Organ oder Person eingereichten Antrag voneinander abzugrenzen. Als so ein anderer Antrag kann z. B. ein an den Generalstaatsanwalt oder an den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes gerichtetes Gesuch zwecks Stellung einer Gesetzlichkeitsverwahrung betrachtet werden.

IV. Die *rechtliche Natur* des Rechtsmittels bewerte ich nach verschiedenen Gesichtspunkten.

So betrachte ich es hinsichtlich seines *Zieles* als *Mittel* der Beseitigung der Rechtsverletzungen, der Rechtsnachteile, die infolge der im Laufe des Zivilprozesses erbrachten und dem Gesetz nicht entsprechenden Gerichtsbeschlüsse entstanden sind, zugleich aber als Garantie für die Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit und der objektiven Gerechtigkeit.

Hinsichtlich des *subjektiven Rechtes* der dazu berechtigten Personen fasse ich das Rechtsmittel als eine Prozeßhandlung auf, bei der als „Gegenposten“ des subjektiven Rechtes dem Gericht eine *Verpflichtung* obliegt. Eine derartige Definition der rechtlichen Natur des Rechtsmittels setzt natürlich die Auffassung des Prozesses als ein *Rechtsverhältnis*, voraus,⁴¹ was übrigens in der sozialistischen Zivilverfahrensrechtswissenschaft bekannt ist.⁴²

Bei uns ist aber – im Gegensatz dazu, was in der bürgerlichen Wissenschaft des Zivilprozeßrechtes in Ungarn zu beobachten war – der

Einfluß der Rechtsverhältnistheorie auf den Begriff des Rechtsmittels meiner Ansicht nach gering und kann deshalb vernachlässigt werden. Wir betrachten nämlich bei der Begriffsbestimmung des Rechtsmittels als entscheidenden Faktor das *Ziel*, das wir durch den Prozeß und das Rechtsmittel zu erreichen trachten, und die *Art und Weise*, wie dieses Ziel zu erreichen ist.

FUSSNOTEN

¹ Nagy, L.: A törvényességi óvás jellege és alapja büntetőügyekben. (Charakter und Grundlage der Gesetzlichkeitsverwahrung in Strafsachen) Jogtudományi Közlöny, 1959, Nr. 9, p. 446, sowie Nagy, L.: Fellebbezés a büntetőperben (Berufung im Strafprozeß). Budapest, 1960, p. 91.

² Ebenda.

³ Von den diesbezüglichen literarischen Werken größeren Umfangs s. z. B. Bant-schenko-Lubimowa, K. S.: Peresmotr sudebnich reschenij, woschedschich w sakonnuju silu, w porjadke madsora, Moskau, 1959, Moskwin, S. S.: Peresmotr sudebnich reschenij i predelenij po grashchdanskim delam presidiumami sudow. Moskau, 1962, Sind, W. I.: Ras-motrenie ugolownich del presidiumami sudow, Moskau, 1960.

⁴ Ich bin gezwungen die Verfahrensrechtswissenschaft der asiatischen sozialistischen Länder sowie Albanien außer acht zu lassen, weil über die Rechtswissenschaft und sogar über das geltende Recht dieser Staaten ein verhältnismäßig geringes Kenntnismaterial zur Verfügung steht und auch davon darauf zu schließen ist, daß ein diesen Staaten besondere von unseren Begriffen in vieler Hinsicht abweichende Standpunkte und Regelungen bekannt sind. S. diesbezüglich ausführlicher Szilbereky, J.: Az ügyész a polgári eljárásban. (Der Staatsanwalt im Zivilverfahren), Budapest, 1961, pp. 16, 29–31., Nathan, H.-Schüßler, G.: Das Gerichtsverfahren in der Volksrepublik China, Neue Justiz, 1959, Nr. 15, pp. 511–516., Tschugunow, W. E.: Ugolownoe sudoproiswodstwo Kitajskoj Narodnoj Respubliki, Moskau, 1959, Igazságszolgáltatás Kínában (Rechtspflege in China), Jogi Tudósító, 1972, Nr. 21–22, pp. 75–77, Tomson, E. – Su Jyun-hsyon: Regierung und Verwaltung der Volksrepublik China, Köln, 1972, Tomson, E.: Die Vfassungsentwicklung in China seit dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, Osteuropa Recht, Jg. 20, 1974, Nr. 2, pp. 114–124.

⁵ S. diesbezüglich die tschechoslowakische ZPO, IV. Teil, die jugoslawische ZPO Kapitel 24–25, die polnische ZPO 5. Untertitel, die ungarische ZPO III. Teil, die ZPO der DDR, drittes Buch, und die rumänische ZPO 4. und 5. Titel.

⁶ Auf den Mangel an Gleichförmigkeit im Kreise der Begriffsbestimmung des Rechtsmittels weist auch Bárdosi, I. hin: A fellebbviteli rendszerek kérdéséhez a polgári eljárásban. (Zur Frage der Berufungssysteme im Zivilverfahren), Szeged, 1958, Acta Universitatis Szegediensis. Acta Juridica et politica. Tom. 4., Fasc. 4, p. 7. sowie ihm ähnlich Szilbereky, J.: op. cit. p. 151, Bacsó, J. – Bajory, P. – Eötvös, O. – Farkas, J. – Németh, J. – Névai, L. – Novák, I. – Szilbereky, J. – Váradi, J.: A polgári perrendtartás magyarázata. (Interpretation der Zivilprozeßordnung), Budapest, 1967, p. 797, Névai, L. – Szilbereky, J.: Polgári eljárásjog (Zivilverfahrensrecht), Budapest, 1974, p. 445.

⁷ Rácz, Gy.: Fellebbezés, perújítás, törvényességi óvás. (Berufung, Wiederaufnahme, Gesetzlichkeitsverwahrung), Magyar Jog és Külföldi Jogi Szemle, 1968, Nr. 8, p. 461.

⁸ Bacsó, F.: Perorvoslatok. A magyar polgári perjog főbb kérdései. (Rechtsmittel. Hauptfragen des ungarischen Zivilprozeßrechtes), Budapest, 1953, pp. 188–189.

⁹ Bacsó, F. – Beck, S. – Móra, M. – Névai, L.: Magyar polgári eljárásjog. (Ungarisches Zivilverfahrensrecht), Budapest, 1959, p. 333.

¹⁰ Ebenda, p. 331.

¹¹ S. ebenso sowohl hinsichtlich der Art und Weise der Lösung wie auch der Identität des Wesens der Begriffsbestimmung: Névai, L. (red.): Magyar polgári eljárásjog. (Ungarisches Zivilverfahrensrecht), Kollegheft, 2. Heft, Budapest, 1955, pp. 382–384., Beck, S.:

Magyar polgári eljárásjog (Ungarisches Zivilverfahrensrecht), Kollegheft, II. Semester, Budapest, 1958, pp. 416–418, *Névai–Szilbereky*: op. cit. pp. 445–447. Auch in unserer strafverfahrensrechtlichen Literatur begegnen wir dieser Art der Begriffsbestimmung des Rechtsmittels an mehreren Stellen, s. z. B. *Barna, P. – Király, T. – Szabó, L.*: Magyar büntető eljárásjog (Ungarisches Strafverfahrensrecht, II. Band, Kollegheft, Budapest, 1966, p. 175, *Jászai, D.* (red.): A büntetőeljárás kommentárja. (Kommentar des Strafverfahrens), II. Band, Budapest, 1967, p. 1123.

¹² *Bacsó – Bajory*, usw.: op. cit. p. 797. Wir können dieselbe Lösungsweise in der ungarischen strafverfahrensrechtlichen Literatur (s. *Móra, M. – Kocsis, M.*: A magyar büntetőeljárás jog (Das ungarische Strafverfahrensrecht), Budapest, 1961, pp. 405–406.) und auch in der zivilverfahrensrechtlichen Literatur anderer sozialistischer Staaten z. B. Rumäniens beobachten. (S. *Szabó, P. E.*: A polgári per mint jogvédelmi eszköz. (Der Zivilprozeß als Rechtsschutzmittel), Bukarest, 1957, p. 113., bzw. *Szabó, P. E.*: A RNK Polgári eljárási joga. (Das Zivilverfahrensrecht der Rumänischen Volksrepublik), Kollegheft, Kolozsvár, 1958, p. 283.)

¹³ *Novák, I.*: Polgári eljárási jogunk jogorvoslati rendszere. (Rechtsmittelsystem unseres Zivilverfahrensrechtes), Budapest, 1960, p. 5. Dem Wesen nach ebenso: *Majoros, R.*: Rendkívüli jogorvoslatok. (Außerordentliche Rechtsmittel), I. Vortrag an Fortbildungskurs für Unternehmensjuristen des Ungarischen Juristenverbandes. Vervielfältigtes Material. 1961/62, pp. 1–4.

¹⁴ *Bárdosi*: op. cit. p. 9. Auch eine noch einfachere Definition des Rechtsmittelbegriffs können wir finden. Es ist z. B. in der tschechoslowakischen zivilverfahrensrechtlichen Literatur eine Ansicht bekannt, wonach „... alle die Initiativen ..., die laut Gesetz notwendig sind, um das Rechtsmittelverfahren einzuleiten“ Rechtsmittel genannt werden können. (*Stajgr, F.* red.): Civilni právo procesni. Praha, 1961, 8. Teil, XI.)

¹⁵ *Bárdosi*: op. cit. p. 9.

¹⁶ S. diesbezüglich *Plósz, S.*: Vélemény és indítvány a magyar jogászgyűlés állandó bizottsága által kitűzött következő kérdés felett: „A közvetlen szóbeli eljárásban minő jogorvoslatok engedendők meg”. Összegyűjtött dolgozatai. (Meinung und Antrag über folgende vom ständigen Komitee der ungarischen Juristenversammlung gestellte Frage: „Welche Rechtsbehelfe sind im unmittelbaren mündlichen Verfahren zugelassen“. Gesamelte Werke) Budapest, 1927, p. 322.

¹⁷ *Bacsó – Bajory*, usw.: op. cit. p. 798.

¹⁸ *Novák*: op. cit. p. 5.

¹⁹ *Bárdosi*: op. cit. p. 9.

²⁰ Ebenda.

²¹ S. z. B. *Bacsó – Beck – Móra – Névai*: op. cit. p. 331., *Névai – Szilbereky*: op. cit. p. 446.

²² *Barna – Király – Szabó*: op. cit. p. 175.

²³ *Névai, L. – Móra, M. – Bacsó, F. – Beck, S.*: Magyar polgári eljárásjog. (Ungarisches Zivilverfahrensrecht), Kollegheft, 2. Band, 2. Heft, Budapest, 1954, p. 58.

²⁴ S. ebenso bei *Bacsó – Beck – Móra – Névai*: op. cit. p. 18., *Névai, L.*: Magyar törvénykezési szervezeti jog. (Ungarisches Gerichtsverfassungsrecht) Budapest, 1961, p. 60.

²⁵ *Bárdosi*: op. cit. pp. 8–9.

²⁶ *Névai – Móra – Bacsó – Beck*: op. cit. p. 58. s. ähnlich bei z. B. *Szilbereky*: op. cit. p. 413., *Nigriny, E.*: Jogorvoslatok és perek a végrehajtási eljárás folyamán. (Rechtsbehelfe und Prozesse im Laufe des Vollstreckungsverfahrens), Budapest, 1963, pp. 6–7, *Névai – Szilbereky*: op. cit. p. 446, *Majoros*: op. cit. pp. 1, 4.

²⁷ *Névai – Szilbereky*: op. cit. p. 445.

²⁸ S. *Novák*: op. cit. p. 4.

²⁹ *Barna – Király – Szabó*: op. cit. p. 175.

³⁰ S. diesbezüglich *Móra, M.*: A polgári per lényegének kérdéséhez. (Zur Frage des Wesens des Zivilprozesses), Állam és Jog, 1953, Nr. 4, p. 53. *Bacsó – Beck – Móra – Névai*: op. cit. p. 18, *Névai*: op. cit. p. 60, *Névai – Szilbereky*: op. cit. 58.

³¹ *Novák*: op. cit. p. 5.

³² Szamel, L.: Az államigazgatási jogorvoslat fogalma. (Begriff des Rechtsmittels in der Staatsverwaltung) Állam és Igazgatás, 1955, Nr. 1–2, p. 45., Berényi, S. – Martonyi, J. – Szamel, L. – Szatmári, L.: Magyar államigazgatási jog. Általános rész. (Ungarisches Verwaltungsrecht. Allgemeiner Teil) Budapest, 1966, p. 355, Móra – Kocsis: op. cit. p. 405.

³³ LB Áf. V. 22 773/1953, BH 256, 1954/3.

³⁴ S. ebenso z. B. Bárdosi: op. cit. p. 9., Szilbereky: op. cit. p. 151.

³⁵ Ebenfalls können wir nicht von einem Rechtsmittel sprechen, wenn der „Gerichtsbeschuß nicht von den die staatliche Rechtspflege verwirklichenden staatlichen ordentlichen Gerichten bzw. von anderen Staatsorganen, die hinsichtlich der Anwendung der ZPO als Gericht zu betrachten sind, (neben dem Gericht tätiger staatlicher öffentlicher Notar), sondern von anderen – zwar ebenfalls Gericht genannten (gesellschaftliches Gericht, Schiedsgericht) – Organen stammt, die keine staatliche Rechtspflege ausüben. Scheinbar widerspricht dieser Feststellung ZPO § 361 Abs. (3), wonach: „Die Geltung des Urteils des Schiedsgerichtes (des Vergleichs) dieselbe ist wie eines rechtskräftigen Gerichtsurteils (bestätigten Vergleichs), für seine Vollstreckung sind die Rechtsnormen über die Gerichtsvollstreckung maßgebend.“ In diesem Fall also, „wenn der Gesetzgeber die Entscheidung eines außerhalb der staatlichen Gerichte stehenden Schiedsgerichtes mit einer an ein Gerichtsurteil gebundenen Rechtswirkung bekleidet, ... will er die Rechtskraftwirkung, die Vollstreckung sichern, aber keinesfalls will er ... das fallweise gewählte Schiedsgericht ... in das staatliche Gerichtssystem einbeziehen ...“ (Révai, T.: A választott bíróságról egyes elvi kérdései a szocialista országokban. (Einzelne grundsätzliche Probleme der Schiedsgerichtsbarkeit in den sozialistischen Ländern), Jogtudományi Közlöny, 1965, Nr. 3, pp. 79–80.) Dem Wesen nach betrachtet ZPO § 361 Abs. (3) das Urteil des Schiedsgerichtes (den Vergleich) hinsichtlich der Vollstreckbarkeit und nicht hinsichtlich der Art und Weise der Anfechtbarkeit als solches, das dieselbe Rechtskraft hat, wie das rechtskräftige Gerichtsurteil (bestätigter Vergleich). Auf der Erkenntnis dieser Tatsache basiert jener in der Rechtsliteratur bekannte richtige Standpunkt, wonach: „Aus der Natur der Schiedsgerichtsbarkeit folgt, daß der Beschluß vor einem staatlichen Gericht auf Rechtsmittelwege nicht angefochten werden kann.“ Névai – Szilbereky: op. cit. p. 608.

³⁶ Bacsó – Bajory, usw.: op. cit. p. 799, ähnlich Bárdosi: op. cit. p. 9.

³⁷ Ministerielle Begründung des ersten Kapitels der ZPO.

³⁸ Zur selben Folgerung kommt Farkas, J., der folgendes sagt: „... das Ziel des Zivilprozesses ist, daß es im richtigen Zeitpunkt mit möglichst kleiner Kostenauswirkung bezüglich des verletzten oder gefährdeten subjektiven Rechtes einen Rechtsschutz gewähre auf die Weise, daß das Gericht nach Feststellung des zur Entscheidung notwendigen Sachverhaltes gemäß der objektiven Wahrheit die gesetzlichen Sanktionen anwendet. Das zum Ziel führende Verfahren muß so geregelt werden, daß darin die Rechte der Parteien durch das Gesetz garantiert werden“ (Farkas, J.: A polgári perrendtartás reformjáról. (Über die Reform der Zivilprozeßordnung) Jogtudományi Közlöny, 1957, Nr. 4–6, p. 166.)

³⁹ Mit Hinsicht darauf, daß diese Frage außerhalb des Rahmens meines Themas fällt, möchte ich bloß darauf hinweisen, daß in der sozialistischen Zivilverfahrenswissenschaft auch jetzt Gegenstand einer Diskussion ist, was das Ziel des Zivilverfahrens – und innerhalb dessen des Prozesses – ist, ob wir über das allgemeine und konkrete Ziel des Zivilverfahrens sprechen können und wenn ja, was darunter zu verstehen ist, ob die sozialistische Gesetzlichkeit und die objektive Wahrheit das Ziel, die Aufgabe oder ein Grundsatz des Verfahrens ist usw. S. in diesem Zusammenhang z. B.: Névai, L.: Polgári eljárásjogi problémák a népi demokratikus országokban. (Zivilverfahrensrechtliche Probleme in den volksdemokratischen Ländern.) Külföldi Jogi Cikkgyűjtemény, 1961, Nr. 3, pp. 480–483, Gurwitsch, M. A.: Az objektív igazság elve a szovjet polgári eljárásban. (Grundsatz der objektiven Wahrheit im sowjetischen Zivilverfahren.) Külföldi Jogi Cikkgyűjtemény, 1965, Nr. 1, pp. 43–44.

⁴⁰ Diese Feststellung folgt auch aus der ministeriellen Begründung des Kapitels XIII der ZPO bezüglich der Erklärung der Regeln der Wiederaufnahme: „die Wiederaufnahme des Prozesses ist grundsätzlich ebenso auf die Wiedergutmachung eines Rechtsnachteils der Partei gerichtet, wie die anderen Rechtsmittel.“

⁴¹ Bezüglich der Auffassung des Zivilprozesses als Rechtsverhältnisses s. in der ungarischen zivilverfahrensrechtlichen Literatur; z. B. *Móra*: op. cit., *Névai-Szilbereky*: op. cit. pp. 26–27.

⁴² Von den diesbezüglichen neueren monographischen Werken s. z. B.: *Tschetschina*, N. A.: *Graschdanskije prozessualnye otnoschenija*. Lenigrad, 1962, *Schtscheglow*, W. N.: *Graschdanskoe prozessualnoe prawootnoschenie*. Moskau, 1966, *Seider*, N. B.: *Graschdanskije prozessualnye prawootnoschenija*. Saratow, 1965, *Berutowicz*, W.: *Zywilnoprocesowe stosunki prawne*. Panstwo i Prawo, 1971, Nr. 3–4, pp. 584–602., *Molčan*, T.: *Obcianskoprawne procesualné vzťahy*, Bratislava, 1971.

ПОНЯТИЕ ОБЖАЛОВАНИЯ В ПРОЦЕССЕ В ВЕНГЕРСКОМ ГРАЖДАНСКО-ПРОЦЕССУАЛЬНОМ ПРАВЕ

(Резюме)

Доцент Д-р. ЯНОШ НЕМЕТ

Кафедра гражданского-процессуального права Юридического факультета
Университета им. Этвеша Лоранда

Научная работа занимается разными способами определения понятия обжалования в процессе в науке венгерского гражданского-процессуального права.

Подробно излагает и критикует метод, по которому *косвенно* определяется обжалование в процессе, как один из видов обжалований в производстве. Также считает неправильной ту точку зрения, которая, не принимая во внимание разницу между обжалованием в производстве и обжалованием в процессе, признает только обжалование в процессе.

По мнению автора научной работы, только таким образом можно правильно определить понятие обжалования в процессе, так, чтобы оно служило для установления различия между разными юридическими институтами, если обжалование в процессе, — хотя признается оно более узким кругом понятий в рамках обжалований в производстве —, определяется *непосредственно*, как действие процесса. На основе всего этого автор под обжалованием в процессе в гражданско-процессуальном праве понимает жалобу, предъявленную суду, которая направляется против судебного решения, принятого в ходе гражданского процесса, или признаваемого равным с ним, являющимся противозаконным, или считающимся таким, с целью чтобы ущемление права было прекращено новым судебным решением, непосредственно влияющим на предыдущее решение, против которого была предъявлена жалоба.

LA NOTION DE LA VOIE DE RECOURS DANS LE DROIT JUDICIAIRE HONGROIS

(Résumé)

par

JÁNOS NÉMETH

maitre-conférencier à la Chaire de Procédure Civile de la Faculté de Droit de L'Université
Eötvös Loránd de Budapest

L'étude est consacrée aux différents modes de la détermination de la notion de la voie de recours dans le droit judiciaire hongrois.

Elle fait minutieusement connaître et critique la méthode qui définit *indirectement* la voie de recours comme une sorte du pourvoi. L'étude désapprouve également la position qui ignore la distinction du pourvoi et de la voie de recours, la position qui ne connaît que le pourvoi.

Une définition pertinente de la notion de la voie de recours relative à la distinction entre les différentes institutions juridique n'est possible selon l'auteur que si la voie de recours est *directement* formulée à titre d'acte de procédure à condition de reconnaître que celle-ci signifie un étroit champ de notions à l'intérieur des pourvois. En raison de tout cela l'auteur entend par la notion de la voie de recours employé dans la procédure civile la requête adressée au tribunal qui est dirigée contre la décision prise au cours du contentieux ou contre une décision reconnue telle correspondant ou non à la loi afin que la lésion de droit causée par une nouvelle décision judiciaire soit arrêtée de telle sorte que celle-ci exerce une influence sur la décision incriminée.